

Ausschuß für Innere Verwaltung  
53. Sitzung

17.08.1989  
Re

Zur Einführung in dieses Thema begründet der Leitende Ministerialrat Gröber (Innenministerium) die vorgesehene Gesetzesnovellierung und stellt die wesentlichen Änderungen zum bestehenden Gesetz dar.

Der Ausschuß einigt sich darauf, eine nicht öffentliche Anhörung zu diesem Thema am 7. Sept. 1989 im Landesvermessungsamt in Bonn durchzuführen.

- 7 Harmonisierungs- und Ausgleichsmaßnahmen zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit für den Wegfall von Grenzkontrollen innerhalb der EG

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 10/4376

in Verbindung damit

Europäische Polizei

Antrag der Fraktion der F.D.P.  
Drucksache 10/4422

und

Ausgleichsabkommen zum Schengener Abkommen

Antrag der Fraktion der SPD  
Drucksache 10/4425

Innenminister Dr. Schnoor und Staatssekretär Riotte (Innenministerium) weisen auf die Schwierigkeiten bei den Bemühungen hin, mit den Niederländern und Belgiern über dieses Thema Gespräche zu führen.

Der Ausschuß einigt sich darauf, die Diskussion über diesen Tagesordnungspunkt zu vertagen und die Ergebnisse weiterer Bemühungen abzuwarten. Innenminister Dr. Schnoor sagt zu, neue Informationen umgehend an den Ausschuß weiterzuleiten.

- 8 Programm zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs und der Rauschgiftkriminalität

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 10/4267

Landeskriminaldirektor Seidel (Innenministerium) beantwortet Fragen zur Personalstärke der im LKA mit Rauschgift befaßten Abteilung sowie zur deutsch-niederländischen Arbeitsgruppe.

Ausschuß für Innere Verwaltung  
53. Sitzung

17.08.1989  
Re

Die Antworten auf Fragen im Zusammenhang mit verdeckten Ermittlern werden vom Ausschuß für vertraulich erklärt. Sie sind im Vertraulichen Ausschußprotokoll 10/50 festgehalten.

Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte beschließt der Ausschuß, die Entscheidung über den vorliegenden Antrag der CDU-Fraktion zu vertagen.

9 Programm zur Bekämpfung der drastisch zunehmenden Wohnungseinbrüche

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 10/4283

Da die Stellungnahme der Regierung zu diesem Antrag noch nicht allen Abgeordneten bekannt ist, beschließt der Ausschuß, die Beratung dieses Punktes auf den 07.09.89 zu vertagen.

10 Maßnahmen zur Beschleunigung der Asylverfahren und zur Eindämmung des Asylmißbrauchs

Antrag der Fraktion der F.D.P.  
Drucksache 10/4142

Der Ausschuß einigt sich darauf, die Behandlung des Antrags zu verschieben und die in ankündigte Stellungnahme des Bundesinnenministers zur gesamten Asylproblematik abzuwarten.

Nächste Sitzung: Donnerstag, 7. September 1989, im Landesvermessungsamt in Bonn, in Verbindung mit einer nicht öffentlichen Anhörung zur Änderung des Vermessungs- und Katastergesetzes